

Herausgeber
Heinrich Bechtoldt
Herbert von Borch
Kurt Georg Kiesinger
Klaus Ritter
Walter Scheel
Helmut Schmidt
Richard von Weizsäcker

AUSSEN POLITIK

**Zeitschrift für
internationale
Fragen**

Gerhard Wettig
Die neue Friedensbewegung in Deutschland

Carl A. Ehrhardt
EG-Konfrontation mit Großbritannien

Uwe Jenisch
Seerechtskonvention – Folgen aus deutscher Sicht

Heinrich Bechtoldt
Sinai-Rückzug – Angriff auf den PLO-Staat

Volkmar Köhler
Globalordnung – der Westen und die Dritte Welt

Klaus Frhr. von der Ropp
Die Tragik radikaler Postulate in Südafrika

Walter Schilling
Seemacht der USA und westliche Sicherheit

Neue Literatur: Bücher und Zeitschriften

33. Jahrgang

3/82

3. Quartal 1982 Verlagsort Hamburg DM 12,50

ISSN 0587-3835

**INTERPRESS
Übersee Verlag GmbH
Hamburg**

AUSSEN POLITIK

Zeitschrift für internationale Fragen

Jg. 33 3. Quartal 1982

Gerhard Wettig Die neue Friedensbewegung in Deutschland	211
Carl A. Ehrhardt EG-Konfrontation mit Großbritannien	225
Uwe Jenisch Seerechtskonvention – Folgen aus deutscher Sicht	243
Heinrich Bechtoldt Sinai-Rückzug – Angriff auf den PLO-Staat	263
Volkmar Köhler Globalordnung – der Westen und die Dritte Welt	272
Klaus Frhr. von der Ropp Die Tragik radikaler Postulate in Südafrika	286
Walter Schilling Seemacht der USA und westliche Sicherheit	297
Neue Literatur: Bücher und Zeitschriften	306

HERAUSGEBER: Heinrich Bechtoldt, Herbert v. Borch, Kurt Georg Kiesinger, Klaus Ritter, Walter Scheel, Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker.

REDAKTION: Geschäftsführender Herausgeber Prof. Dr. Heinrich Bechtoldt, 7 Stuttgart-Hohenheim, Schloß, Telefon (07 11) 45 01 26 28.

Beiträge in dieser Zeitschrift geben jeweils die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck und Vervielfältigungen nur mit Genehmigung der Redaktion.

VERLAG: INTERPRESS-Übersee Verlag GmbH, Schöne Aussicht 23, D-2000 Hamburg 76, Telefon 2 28 52 26. Verleger: Friedrich Reinecke, Anzeigen: Z. Z. ist Preisliste Nr. 10 gültig. Druck: Druck- und Verlagshaus Friedrich Pörtner, Kapitän-Dallmann-Straße 41-43, D-2820 Bremen-Nord.

BEZUGSPREISE: Jahresabonnement DM 50,-, Studenten DM 40,-, zuzügl. Versandkosten. Preis des Einzelheftes DM 12,50. Abbestellungen 6 Wochen vor Quartalsschluß.

Die Tragik radikaler Postulate in Südafrika

Dr. Klaus Frhr. von der Ropp, von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Bonn, setzt mit diesem Beitrag die bereits lange Serie seiner wichtigen und vielbeachteten Analysen über die Entwicklungen im südlichen Afrika fort, weil die in diesem wirtschaftlich und strategisch so außerordentlich bedeutsamen Raum laufenden Nationen-, Rassen- und Klassenkonflikte den Westen und damit auch die Bundesrepublik Deutschland fast unmittelbar betreffen. Nach einer abermaligen Reise in den Süden Afrikas stellt der Verfasser eine weitere Radikalisierung des Widerstandes gegen die Politik der Regierung in Pretoria fest. Auf jeden Fall werden die von Botha angekündigten Reformen, soweit sie wirklich Reformen genannt werden können, von der Mehrheit der schwarzen Afrikaner nicht als ausreichend betrachtet, auch nicht die Verfassungsänderungen, über die der *President's Council* berät. Das Postulat der Selbstbestimmung für die schwarze Mehrheit und die Absicherung der Existenzrechte für die weiße und braune Minderheit sind schwer auf einen Nenner zu bringen. Und die Tragik des Kampfes des schwarzen Südafrikas liegt darin, daß es vom weißen Südafrika die totale Selbstaufgabe fordert, und dazu ist die Mehrheit nicht bereit. Es gibt indessen eine Reihe von neuen Aspekten in den Überlegungen weißer Südafrikaner. Der Begriff der Teilung der Macht mit den Schwarzen ist zum erstenmal von Vertretern des Regierungslagers öffentlich diskutiert worden. Man denkt über die Vernachlässigung der Reservate nach, die bisher nur als Reservoirs für billige Arbeitskräfte angesehen wurden: man sollte einer getrennten Politik eine echte Chance geben. Und es wird doch auch von einer vielleicht notwendigen radikalen geographischen Aufteilung des Landes gesprochen, wie sie in dieser Zeitschrift schon vor Jahren in die Debatte geworfen wurde. Dieser Aufsatz schließt sich direkt an den Beitrag des Verfassers in »Außenpolitik« 1982/1, S. 75–87: »Der Westen und der Wandel im Süden Afrikas« an.

I. Verändertes Kräftespiel im südlichen Afrika

Die liberale südafrikanische Zeitschrift »Frontline« erschien Ende 1981 mit einem den meisten Europäern der Kriegsgenerationen noch vertrauten, sehr vielen Südafrikanern unserer Tage aber gespenstisch anmutenden Szenario als Titelbild: Inmitten der durch Kriegseinwirkungen zerstörten, einst blühenden Industriemetropole Johannesburg steht die ausgebrannte Ruine des ehemals größten und aufwendigsten Hotelkomplexes der Stadt, des Carlton Centers. Darunter findet sich die Unterschrift »A Future That Must Not Be«. Der langjährige Beobachter der Geschehnisse im südlichen Afrika wird Mühe haben, anzunehmen, daß eine solche Entwicklung noch aufzuhalten ist. Denn zu starr, zu unversöhnlich stehen sich die Positionen der schwarzen und der weißen Afrikaner gegenüber: beide beanspruchen das Land für sich; beide sind nicht bereit, sich in das Unvermeidliche zu schicken und mit der jeweils anderen Seite zu teilen.

1. Elemente weiterer Radikalisierung in Südafrika

Die im Februar/März 1982 erfolgte Spaltung¹ der regierenden *Nasionale Party van*

¹ Zu der ersten Phase der Spaltung der NP s. »Die Burger« (Kapaastad) vom 25. Februar 1982, S. 1 ff. »Regses Trek Dwargs« und »The Argus« (Kapaastad) vom 25. Februar 1982, S. 1 ff.

Suid-Afrika (NP) in das Lager des stockkonservativen Ministerpräsidenten P. W. Botha und dasjenige des schlicht reaktionären Andries Treurnicht sollte vor allem eines klargestellt haben: die Gefolgschaft des letzteren unter den bisherigen Wählern der NP, ob nun afrikaans- oder englischsprachig, ist sehr erheblich. Der dann im März 1982 neu gegründeten *Konserwatiewe Party* (KP) Treurnichts in vielem verwandt, in anderen Fragen noch radikaler, ist die *Herstigste Nasionale Party* (HNP) des Extremisten Jaap Marais. Und für die HNP stimmten bereits bei den jüngsten Parlamentswahlen (April 1981) gut 14 Prozent der Wahlberechtigten. Das Lager von KP und HNP erhält laufend Zuzug von seiten der bald an hunderttausend heranreichenden Zahl nach Südafrika abgewanderter weißer Rhodesier. Die letzteren wännen sich von den seinerzeitigen Regierungen Vorsters bzw. Bothas (1976–1979) im Stich gelassen. Und nach April 1980, dem Datum des Machtwechsels in Salisbury, sahen sie in dem »kommunistischen« Zimbabwe Robert G. Mugabes für sich und ihre Kinder, teils durchaus zu Recht, keine Zukunft mehr². Politisch dürfte ihnen die Gemeinschaft der ca. 200000 Portugiesen aus Angola und Mozambique nahestehen. Diese haben sich, was vor allem bei der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage verständlich sein sollte, sichtlich darauf eingerichtet, auf Dauer in Südafrika zu bleiben. Alle diese Parteien und Gruppen von Einwanderern haben sich eine Wahlparole der HNP von April 1981 zu eigen gemacht: »*Die stryd duur voort*«, ein Schlagwort, das dem Vokabular des ideologischen Gegners (»*A luta continua*«) entliehen ist. Darauf angesprochen, daß die Fortführung des Kampfes für die Bewahrung des *status quo* die Republik Südafrika unweigerlich in einen Abgrund von Gewalt führen werde, lautet die stereotype Antwort »*Every white man can take ten kaffirs with him before he's done in*«.

Selbst wenn Botha der ideenreiche und mutige Reformers, der er aber zweifelsfrei nicht ist, wäre, und er sich so gegenüber seinen reaktionären Gegenspielern innerhalb und außerhalb seiner NP durchsetzen könnte, so würde dies doch bei weitem nicht genügen, die Vorstellungen der Mehrzahl der Schwarzen von der Zukunft Südafrikas zu erfüllen. Diese würden sich nämlich heute nicht mehr mit einem System institutionalisierter Machtteilung (»Konkordanzdemokratie«) begnügen, wie es kürzlich von der sog. Buthelezi-Kommission³ für die Provinz Natal vorgeschlagen wurde. Sie, Anhänger des *African National Congress* (ANC) oder der *Azanian People's Organisation* (AZAPO), fordern heute noch lauter und mutiger denn je zuvor die völlige Umkehr vor allem der politischen Machtverhältnisse. Hier und da argumentieren sie, daß sie an der Forderung eines Systems *one-man-one-vote* in einem unitarischen Staat selbst dann festhalten werden, wenn dafür der kürzlich von Denis Beckett, einem liberalen Publizisten, beschriebene Preis zu entrichten sein wird: »*The reality is that there is going to be no successful revolution, now or in the future. Eventually, without doubt, a black government would come to power, but this in itself*

2 Klaus Frhr. von der Ropp: »Eine Zeitwende für den Süden Afrikas?« in »Außenpolitik« 1981/3, S. 296–310 (300–304) im Anschluß an ders. »Zimbabwe – eine Chance mit Robert Mugabe«, in »Außenpolitik« 1980/2, S. 167–179.

3 Der siebenbändige Bericht (»Buthelezi Commission Report«) wurde im März 1982 in Südafrika veröffentlicht. Dazu Suzanne Vos: »The Buthelezi Commission/Power Sharing: the only real option«, in »Sunday Times« (Johannesburg) vom 7. März 1982, S. 39. S. weiter die Berichterstattung in »The Natal Mercury« (Durban) vom 9. März 1982 und »Rand Daily Mail« (Johannesburg) vom 8. März 1982. Vgl. Patrick Laurence: »Power sharing ...«, in »Rand Daily Mail« vom 10. März 1982, S. 9.

would hardly be »successful« if the cost was the total devastation of the nation, which is what the cost would be»⁴.

Im westlichen Ausland ist erstaunlicherweise immer noch die Auffassung anzutreffen, daß, nach einem friedlichen Machtwechsel, in einem Sinne von ANC/AZAPO befreiten Südafrika noch Platz für die gemischtrassigen, weißen und indienstämmigen Afrikaner sein werde. Opfer solch naiver Thesen wird derjenige nicht sein, der gehört hat, wie schwarze Südafrikaner von den weißen Afrikanern immer häufiger als »settlers«, »immigrants« oder »boers« sprechen. Jedoch sind solche Überlegungen irrelevant, da ein völliger Machtwechsel in Pretoria mit Sicherheit nur in der Folge einer militärischen Niederlage der Weißen stattfinden wird.

Wie sehr klein der gemeinsame Nenner zwischen dem schwarzen und dem weißen Südafrika heute ist, Welch unüberwindlich tiefer Graben sie trennt, das macht u. a. ein Blick in die schwarze und die weiße Ausgabe der Johannesburgurer Tageszeitung »Rand Daily Mail« vom 13. März 1982 deutlich: In der schwarzen Ausgabe dieser für gewöhnlich sehr regierungskritischen Zeitung ist auf der ersten Seite ein großformatiges Foto schwarzer Mütter abgedruckt, die mit einem Hungerstreik in der St.-Georg-Kathedrale zu Kapstadt dafür kämpfen, gemeinsam mit ihren hier berufstätigen Männern in der Umgebung von Kapstadt leben zu dürfen, also nicht als »illegale Siedler« in eines der »unabhängigen« Reservate (hier Ciskei oder Transkei) abgeschoben zu werden. Die weiße Ausgabe desselben Blattes brachte an gleicher Stelle ein Foto von einem der selten gewordenen englisch-südafrikanischen Cricket-Länderspiele.

2. Südafrika – Herausforderung an die westliche Politik

So unsinnig die im weißen Südafrika weitverbreitete These, es handele sich bei dem Aufbegehren des schwarzen Südafrikas um ein kommunistisches Unterfangen, auch ist, so sicher erscheint doch, daß dieser Nationen-, Rassen- und Klassenkonflikt in einem wirtschaftlich und strategisch außerordentlich wichtigen Land eine Ost-West-Komponente hat. Von daher fehlt es seit Jahren nicht an Stimmen, die davor warnen, daß sich aus den Auseinandersetzungen um Südafrika ein weltweiter Konflikt entwickeln könne. Nicht weniger ernstzunehmen sind jene Stimmen, die Südafrika und die umliegenden Staaten als das Schlachtfeld eines von Pretoria ausgelösten nuklearen Holocaust sehen⁵.

Angesichts solcher Risiken sollte es sich von selbst verstehen, daß die Westmächte alles daran setzen, den Konflikt in und um Südafrika beizulegen. Allerdings sind die entsprechenden Initiativen der Jahre 1977/78 bereits lange vor dem Regierungswechsel in Washington (Januar 1981) gescheitert. So boten etwa die in der SWA/Namibia-Initiative zusammen operierenden Westmächte USA, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Kanada und Frankreich angesichts der kom-

4 »The Future/Can it come to this?«, in »Frontline« (Johannesburg) 1981, 11/12, S. 38–39. S. in diesem Zusammenhang zwei weitere Beiträge von D. Beckett, in denen er sich mit dem bei Schwarzen weitverbreiteten Wunschdenken befaßt: »Sowetan« (Johannesburg) vom 3. September 1981 (»Are all ills caused by the white man?«) und vom 29. Oktober 1981 (»Dreams of socialism«).

5 Dazu jüngst Jack E. Spence »South Africa: the nuclear option«, in »African Affairs« (London) 1981/10, S. 441–452.

promißlos harten Haltung der Regierung in Pretoria 1979 eher das Bild hilfloser Akteure als das entschlossen für den Frieden streitender Mittlerstaaten.

Diese diplomatische Niederlage der westlichen Welt wurde im schwarzen Südafrika, ebenso wie in OAU-Afrika, mit ungläubigem Staunen aufgenommen. So sollte es einen westlichen Besucher nicht überraschen, daß er in der Diskussion mit schwarzen Südafrikanern auf blanken Zynismus stößt. Denn selbst sehr hohe Verantwortliche westlicher Staaten hatten in den Jahren 1977–1978 häufig in ungewöhnlich scharfer, auf Eile drängender Sprache von Pretoria einen fundamentalen Wandel der Herrschaftsverhältnisse in SWA/Namibia und in der Republik Südafrika gefordert. Nicht nur gemäßigte, sondern auch viele radikale schwarze Südafrikaner nahmen daraufhin an, die westlichen Industriestaaten würden aus schieferem Eigeninteresse Pretoria zur Aufgabe SWA/Namibias wie auch seiner Politik der Apartheid zwingen. Daß sich dann aber die Westmächte ab Mitte 1979 wohl unter dem Eindruck des von den meisten Schwarzen ohnehin nie ernstgenommenen »Reformwerks« Bothas (*»adapt or die«*) von den Problemen Südafrikas (nicht SWA/Namibias) abwandten, ließ unter den schwarzen Südafrikanern das alte Mißtrauen gegenüber dem Westen (*»Komplizenschaft«*) schnell wieder aufleben.

Hier das Bild zu korrigieren, wird sehr großer Anstrengungen bedürfen. Das schwarze Südafrika wird nämlich die Politik des Westens nicht an den Schwierigkeiten der ihr gestellten Aufgabe, sondern an den Reden der westlichen Verantwortlichen in den Jahren 1977–1978 messen, die ihnen Befreiung verhießen. Wichtig ist hier, daß die westlichen Staaten dann massiv reagieren, wenn ihre SWA/Namibia-Initiative am Widerstand Pretorias scheitern sollte. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß die seit der Spaltung der NP letztlich doch eher geschwächte denn gestärkte Regierung Botha durchaus auf einen solchen Fehlschlag hinarbeiten könnte. Denn sie würde den von allen Seiten erwarteten hohen Wahlsieg SWAPOs in SWA/Namibia innenpolitisch wohl nur mit sehr großen Mühen verkraften können⁶.

Auch werden zur Lösung der Probleme Südafrikas von westlicher Seite neue Initiativen zu ergreifen sein. Sollen sie diesmal von Erfolg sein, so werden sie etwa auf der Linie der von liberalen Weißafrikanern und Deutschen gemeinsam formulierten Wahlkampfaussage (1980) der Partei von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher liegen müssen. Unterstützt werden dort Bestrebungen »... zur Überwindung der Apartheid durch eine von den Repräsentanten aller Bevölkerungsgruppen dieses Mehrvölkerstaates frei ausgehandelten Ordnung. Diese neue Ordnung muß das Selbstbestimmungsrecht der Mehrheit wie auch die Absicherung des Existenzrechts der Minderheiten als voneinander abhängige Elemente enthalten«.

6 So äußerte sich etwa der Vorsitzende der NP von Südwesafrika, Kosie Pretorius, in einem Interview, daß die SWAPO eine Wahl mit Leichtigkeit gewinnen werde und daher ein solcher Urnengang gar nicht stattfinden dürfe, vgl. »Beeld« (Johannesburg) vom 18. Januar 1982, S. 9 (NP-leier sien n' Swapo-sege).

7 S. Anm. 3.

II. Zu den Entwicklungen im schwarzen Südafrika

Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Befreiungsbewegung INKATHA, Gatsha Buthelezi, tagend, hat eine nach ihm benannte Kommission in- und ausländischer Experten kürzlich den bereits erwähnten Bericht zur sozialen, wirtschaftlichen und politischen Neuordnung Natal's vorgelegt⁷. Im Politischen ist die Kommission zu dem Ergebnis gelangt, daß einzig eine konkordanzdemokratische Ordnung den besonderen Erfordernissen dieser südafrikanischen Provinz gerecht werden kann. Das heißt konkret, daß die Kommission einen Schlüssel vorstellt, nach dem die staatliche Macht in Natal (und später auch in den anderen Provinzen Südafrikas) auf die schwarze Mehrheit und die weißen und braunen Minderheiten zu verteilen sei («Permante Große Koalition», «Minderheitenveto» etc.)⁸.

Es bedarf keiner besonderen Weitsicht, um zu erkennen, daß kein zweiter verantwortlicher schwarzer Politiker dem weißen Südafrika ein solches Angebot machen wird, ohne daß zuvor ein Bürgerkrieg die Erwartungen der schwarzen Konfliktpartei herabgeschraubt hat. Dennoch hat die Regierung die Empfehlungen in brüsker und für Buthelezi verletzender Form zurückgewiesen⁹. Noch schneller wurde allerdings das Nein der stärksten englischsprachigen Partei Natal's, der *New Republic Party*, von deren Offiziellen in die Debatte geworfen. Ein wenig Hoffnung sollte sich aber an verschiedene Kommentare in einflußreichen afrikaansen Zeitungen knüpfen, in denen die Reaktionen Pretorias als zumindest vorschnell deutlich kritisiert wurden¹⁰.

Sollte, was zu befürchten ist, Pretoria bei seiner ablehnenden Stellungnahme bleiben, so werden ANC und AZAPO ihre Positionen weiter auf Kosten derjenigen INKATHAs ausbauen können. Allerdings werden auch der ANC, und vielleicht sogar die dem *Black Consciousness Movement/Pan Africanist Congress* nahestehende AZAPO, heute noch bereit sein, mit Pretoria über die Zukunft des Landes zu verhandeln. So sprach Nthato Motlana, Vorsitzender des Komitees der Zehn/Soweto, wahrscheinlich auch im Sinne des ANC und mit ihm sympathisierender Organisationen, als er zwei Bedingungen für die Aufnahme von Verhandlungen mit Pretoria nannte¹¹: 1. die Teilnahme der wichtigsten inhaftierten bzw. im Exil lebenden schwarzen Politiker; 2. die Tagesordnung sieht Methoden zur Überwindung der Apartheid und zur Schaffung einer nicht-rassistischen demokratischen Gesellschaft vor.

Pretoria wird sich auf ein solches Verhandlungsangebot erst einlassen, wenn es die eigene militärische Niederlage vor Augen hat. Zuvor wird es in dieser Offerte mit Fug und Recht nicht mehr als eine Einladung zur Kapitulation der weißen Afrikaner sehen.

8 Zum Begriff der Konkordanzdemokratie statt aller anderen Arend Lijphart: «Majority Rule versus Democracy in deeply divided Societies», in «Politikon» (Pretoria) 1977/2, S. 113–126.

9 Finanzminister O. Horwood (Vorsitzender der NP von Natal) nannte den Bericht «Schreiner report», s. «Rand Daily Mail» vom 10. März 1982, S. 1–2.

10 S. dazu u. a. «Die Transvaler» (Johannesburg) vom 9. März 1982 («Buthelezi-verslag») und «Beeld» vom 9. März 1982 («Gesprek-kans») und vom 11. März 1982 («Verlore kans»).

11 N. Motlana: «We have pride too, Mr. Botha», in «Frontline» 1981, 7/8, S. 33–34.

So wird das schwarze Südafrika auf absehbare Zeit durch eine stetig wachsende Zahl bewaffneter Anschläge, Sabotageakte in Betrieben, politisch motivierte Arbeitsniederlegungen und Streiks, Unterrichtsboykotte an Schulen und Universitäten u. ä. seine Freiheit zu erlangen suchen. Wer die oft grenzenlose Armut in den Reservaten (dort insbesondere in den »Rücksiedlungslagern«), in den Lagern illegaler Siedler (Nyanga, Crossroads u. a.) sowie in vielen der schwarzen Städte im »weißen« Südafrika gesehen hat¹², wird wissen, wo die im Aufbau befindlichen Guerillero-Armeen *Umkhonto we Sizwe* (ANC) und *Pogo* (PAC) ihre Angehörigen rekrutieren werden.

Für deren künftigen Kampf werden sich zwei Umstände voraussichtlich günstig auswirken. Die sehr langen Landesgrenzen wie auch das so große Staatsterritorium werden es Pretoria, etwa im Vergleich mit dem Kampf Jerusalems gegen die PLO, schwermachen, die Infrastruktur gegen Anschläge zu schützen. Auch ist von der Zahl her die Fünfte Kolonne in Südafrika um ein Vielfaches stärker als die Israels. Auf besondere Aufmerksamkeit stieß jüngst in Südafrika die Nachricht, daß auch weiße Afrikaner und Staatsangehörige westeuropäischer Staaten im August 1981 an dem Raketenangriff auf den Militärkomplex in Voortrekkerhoogte beteiligt gewesen seien¹³. Hier mag eine Bestätigung für die Richtigkeit der heute häufig in Südafrika gehörten These liegen, daß die sog. Kongress-Allianz der 50er Jahre eine Wiedergeburt erfahren hat. Zu ihr hatten sich bekanntlich seinerzeit der (schwarze) ANC und drei zahlenmäßig sehr viel schwächere, in Teilen der moskauhörigen Südafrikanischen Kommunistischen Partei nahestehenden Organisationen zusammengeschlossen. Und zwar der *South African Indian Congress*, der (weiße) *Congress of Democrats* sowie der *South African Coloured People's Congress*.

Für den Außenstehenden sichtbarer ist die Rolle der Gewerkschaften bei ihrem Versuch, einen Beitrag zur Überwindung der bestehenden politischen Ordnung zu leisten. Besonders deutlich wurde dies Anfang 1982 anlässlich der Beisetzung des Arztes und Gewerkschaftsfunktionärs Neil Aggett, der sich nach den offiziellen Verlautbarungen in Polizehaft das Leben genommen hatte¹⁴. Sowohl seine Beerdigung in Johannesburg als auch die Gedenkfeiern in anderen Industriezentren des Landes nahmen den Charakter von wütenden Demonstrationen des Protestes an. Schwarze Arbeiter und sich mit ihren Anliegen solidarisierende junge weiße Intellektuelle machten deutlich, daß sie nichts unversucht lassen werden, das ihnen verhaßte Regime in Pretoria zu stürzen. Eine bis zu dreißigminütige Arbeitsniederlegung unterstrich in vielen Betrieben ihre Entschlossenheit¹⁵. Gleichwohl sollte nicht unberücksichtigt bleiben, daß bislang nur ein relativ sehr kleiner Teil der schwarzen Arbeiterschaft gewerkschaftlich organisiert ist. Und obendrein sind die Gewerkschaften, nicht anders als die übrige politische Szene im schwarzen Südafrika, untereinander aus ideologischen, politischen und anderen Gründen zer-

12 S. dazu aus jüngerer Zeit etwa die Veröffentlichungen in der Monatsschrift »Diakonia News«, Durban; Margaret Nash: »Black Uprooting from »White« South Africa«, hrsg. vom SA Council of Churches, Braamfontein, 1980. M. Nash and N. Charton: »An Empty Table? Churches and the Ciskei Future«, hrsg. vom SA Council of Churches, Braamfontein, 1981; John Kane-Berman: »The treatment of Nyanga's squatters revealed apartheid's final solution«, in »Race Relations News« (Johannesburg) 1981/10, S. 4 und R. Phaka: »On the far side of the tracks«, in »Frontline« 1981, 7/8, S. 22–28.

13 S. »Rand Daily Mail« vom 15. März 1982, S. 1–3 (»Rocket HQ traced«).

14 S. dazu u. a. »Dr Neil Aggett: a funeral and a protest«, in »Rand Daily Mail« vom 15. Februar 1982, S. 5.

15 »A new spirit is abroad on factory floors«, in »Rand Daily Mail« vom 19. Februar 1982, S. 10.

stritten¹⁶. Ihre revolutionäre Bedeutung wird ferner, in Südafrika wie auch in den abhängigen und »unabhängigen« Reservaten, derzeit durch rigorose Verhaftungsaktionen gemindert¹⁷.

Möglicherweise werden künftige Geschichtsschreiber dem Befreiungskampf sowohl der Gewerkschaften als auch des ANC und seiner militärischen Kommandos in den »unabhängigen« Reservaten eine besondere Bedeutung beimessen. Zu nennen sind hier insbesondere die Tätigkeit der *South African Allied Worker's Union*, einer besonders militanten Gewerkschaft, in der Ciskei als auch wohl vom ANC verübte Anschläge in der Transkei, BophutaTswana und jüngst vor allem in Venda¹⁸. Vielleicht werden sich die revolutionären Kräfte irgendwann auf einen Umsturz in dem Zimbabwe und Mozambique benachbarten Venda konzentrieren. Nach der Entmachtung der heute noch in dessen Hauptstadt, Sibasa, »regierenden« Quislinge könnte Venda zur ersten befreiten Region Südafrikas, zum Ausgangspunkt der Ausrufung einer Volksrepublik Azania werden.

Schließlich sei erwähnt, daß eine breite Berichterstattung über Strafprozesse gegen Angehörige und sonstige Förderer von ANC, PAC, BCM und wohl auch AZAPO der südafrikanischen Öffentlichkeit bedeutsame Aspekte des schwarzen Befreiungskampfes immer wieder vor Augen führt.

Die Tragik des Kampfes des schwarzen Südafrikas, soweit er nicht von der INKATHA-Bewegung G. Buthelezis getragen wird, liegt darin, daß er vom weißen Südafrika die Selbstaufgabe fordert. Und daran wird er zumindest auf absehbare Zeit scheitern. Denn zur Selbstaufgabe sind naturgemäß nur sehr wenige weiße Afrikaner bereit. Das Lager Neil Aggetts und seiner politischen Freunde ist sehr klein. Denn linksliberale Weiße wie etwa die Führungszirkel um den PFP-Vorsitzenden F. Van Zyl Slabbert werden, was im Ausland allerdings auch sehr häufig übersehen wird, bei aller Bereitschaft zum Dialog mit dem schwarzen Südafrika das Existenzrecht der weißafrikanischen Nation am Kap nicht weniger verteidigen, als NP, KP und HNP dies tun werden. Und zu welchen militärischen Kraftanstrengungen das weiße Südafrika fähig ist, hat seinerzeit selbst die damalige Weltmacht Großbritannien erfahren, als sie um die Jahrhundertwende fast eine halbe Million ihrer Soldaten in den Kampf gegen die Burenrepubliken schickte.

Westliche Politik wird, will sie konstruktiv sein, außer dem revolutionären Denken des schwarzen Südafrikas auch den Widerstandswillen und die Widerstandskraft des weißen Südafrikas in Rechnung zu stellen haben. Andernfalls wird sie abermals scheitern.

III. Von den politischen Vorstellungen der gemischtrassigen und der indienstämmigen Südafrikaner

Bis vor kurzem vertrat die regierende NP für die gemischtrassigen (ca. 10 Prozent der Gesamtbevölkerung) und die indienstämmigen (ca. 3 Prozent) Südafrikaner

16 Zu alledem Craig Charney: »The anatomy of South African trade unionism« in »The Star« (Johannesburg) vom 27. Januar 1981, S. 24–25. S. weiter die Beiträge in dem »South African Labour Bulletin« (Durban).

17 Dazu Steven Friedman: »Labour reform and police action«, in »Rand Daily Mail« vom 24. Februar 1982, S. 11.

18 »Organised labour in East London«, in »South African Outlook« (Rondebosch) 1982/1, S. 13–14. Zu den Aktivitäten des ANC in Transkei siehe u. a. Patrick Laurence: »Transkei: lurking threat of the ANC«, in »Rand Daily Mail« vom 7. September 1981.

das Konzept der »parallelen Entwicklung«; für die schwarzen Südafrikaner war und ist die offizielle Politik hingegen bekanntlich die der »getrennten Entwicklung«. Für die gemischtrassigen (»*Coloureds*«) und die indienstämmigen (»*Inder*«) Südafrikaner bedeutete dies, daß nach dem Willen der Weißen für sie im Staat der Weißen (weitgehend ohnmächtige) »parallele« Legislativ- und Exekutivorgane geschaffen wurden¹⁹.

Beide Bevölkerungsgruppen haben sich jedoch nie mit der ihnen von Pretoria zugedachten Rolle abgefunden. Eine beachtliche Zahl von »*Indern*« ist seit über zwanzig Jahren im In- und Ausland leitend im Widerstand tätig. Bekannt geworden sind hier in jüngerer Zeit vor allem die Unterrichtsboykotte an der (»indischen«) Universität von Durban-Westville und die Aktivitäten »indischer« Funktionäre in Führungspositionen der (illegalen) Südafrikanischen Kommunistischen Partei und des mit ihr kooperierenden externen Flügels des ANC.

Der militant gewordene Widerstand von gemischtrassigen Schülern, Studenten, Lehrern wie auch (anders bei den »*Indern*«) von Arbeitern kam erst in jüngerer Zeit deutlich zum Tragen. So machte etwa im Zusammenhang mit der zwangsweisen Umsiedlung von *Coloureds* innerhalb des »weißen« Südafrikas wie auch bei Mieterhöhungen das *Cape Area Housing Action Committee* (Cahac) von sich reden²⁰. *Coloured* Geistliche, darunter als profiliertester Vertreter Allan Boesak, spielen in den harten Auseinandersetzungen zwischen der (weißen) Niederdeutsch Reformierten Kirche (*NG Kerk*) und deren schwarzen und braunen »Tochterkirchen« eine bedeutsame Rolle. So kam ihnen bei der Gründung des »*broederkring*«, einer Gemeinschaft sehr regierungskritischer Pfarrer, und auch bei der Ausrufung der *Alliance of Black Reformed Christians in Southern Africa* (Abresca) eine Schlüsselrolle zu. Beide Institutionen sind heute Zentren des kirchlichen Widerstandes gegen die Politik Pretorias²¹.

Wichtig für die weitere politische Entwicklung Südafrikas war, daß die *Coloureds* selbst Ende der 70er Jahre die Auflösung ihres »Parlamentes«, des *Coloured Persons' Representative Council*, und des zugehörigen Exekutivorgans herbeiführten. An der Wahl zum *South African Indian Council*, dem »Parlament« der indienstämmigen Südafrikaner beteiligten sich Ende 1981 kaum mehr als 10 Prozent der Wahlberechtigten. Ihr war eine entsprechende Boykottkampagne vorausgegangen²².

Bekanntlich boykottieren die politisch relevanten Organisationen beider Bevölkerungsgruppen auch die Arbeit des *President's Council*, jenes neu geschaffenen Gremiums also, das die Regierung in Pretoria u. a. bei der Erarbeitung einer neuen Verfassung berät. Sie begründen ihre ablehnende Haltung damit, daß Pretoria die Schwarzen (über 70 Prozent der Gesamtbevölkerung) von dessen Diskussionen ausgeschlossen hat, ohne sie aber eine neue politische Ordnung nicht geschaffen

19 S. dazu Klaus Fhr. von der Ropp: »Republik Südafrika: Die politische Stellung der »Coloureds« im System der »Parallelen Entwicklung«, in »Internationales Afrika Forum« (München) 1972, 9/10, S. 552–558; ders. »Republik Südafrika: Die politische Stellung der »Inder« im System der »Parallelen Entwicklung«, in »Internationales Afrika Forum 1972, 11/12, S. 660–666.

20 S. u. a. »7 arrested: Police confiscate placards«, in »The Argus« (Kapaad) vom 4. Februar 1982; »Rent Row Call«, in »Sunday Times« (Johannesburg) vom 7. Februar 1982; »Bursting point, year after year«, in »Cape Times« (Kapaad) vom 28. Mai 1981.

21 Dazu die Beiträge von Allan Boesak, Chris Loff und Dawid Botha in »Deurbraak« 1980/7 »Die NGK in die huidige krisis«.

22 S. etwa »Boycott SAIC elections – Mahatma would have done the same«, in »The Leader« (Durban) vom 18. September 1981, S. 1 und 12 (»Anti-SAIC election campaign kicks off«); vom 2. Oktober 1981, S. 1 (»Candidates Lacking in Credibility«) und vom 23. Oktober 1981, S. 6 (»Anti-SAIC conference/Delegates bank on Freedom Charter«).

werden kann²³. Es fehlt heute nicht an braunen Südafrikanern, die sich mit dem militanten schwarzen Südafrika in den gebannten Organisationen des *Black Consciousness Movement* verbündet haben²⁴. Dabei sollte aber nicht übersehen werden, daß das Streben der Braunen nach fundamentalem Wandel seine Grenzen in der Furcht der Masse der Angehörigen beider Gruppen vor einer völligen Machtumkehr zugunsten der Schwarzen findet²⁵. Dies hat, für die Gruppe der »Inder«, der Sozialwissenschaftler Lawrence Schlemmer (University of Natal/Durban) erst kürzlich im Rahmen seiner Forschungsarbeiten für die Buthelezi-Kommission abermals ermittelt.

Die wichtigste Frage, die sich Pretoria heute in bezug auf diese beiden Minderheiten stellt, ist die nach ihrer Bereitschaft, an einer neuen politischen Ordnung für Südafrika teilzuhaben, ohne daß zugleich die rechtliche und politische Position der Schwarzen grundlegend verbessert wird. Denn verbreitet ist die Furcht der Braunen, daß Pretoria sie nur deshalb zu gleichberechtigten Bürgern Südafrikas machen möchte, um den revolutionären Kampf der schwarzen Südafrikaner besser unterdrücken zu können.

IV. Neue Aspekte im Denken des weißen Südafrikas

Letzter Auslöser der eingangs erwähnten Spaltung der regierenden NP war ein Artikel, den einer der Parlamentarier dieser Partei Anfang 1982 in einem Propagandaorgan seiner Partei veröffentlicht hatte²⁶. Hier wurde erstmals in einem Regierungsorgan von »Machtteilung« zwischen den weißen und den braunen (nicht aber schwarzen!) Südafrikanern gesprochen. Kurze Zeit später zitierte einer der einflußreichsten afrikaansen Publizisten, Willem de Klerk, einen bedeutenden Parlamentarier der regierenden NP mit der These, daß Ende dieses Jahrzehnts die HNP und der ANC über die Kapitulation des weißen Südafrikas verhandeln würden, wenn jetzt nicht fundamentaler Wandel stattfindet²⁷.

Es steht zu erwarten, daß der *President's Council* in den Jahren 1982–1983 seine Überlegungen für eine neue Verfassung vorlegen wird. Diese werden wahrscheinlich die folgenden Vorschläge enthalten: Die Gemeinden der »Coloureds« und der »Inder« erhalten rechtlich und politisch denselben Status wie die der Weißen. Wo die geringe Zahl von Einwohnern eigene braune oder weiße Gemeindeverwaltungen nicht zuläßt, werden braune/weiße Großgemeinden geschaffen werden, die von den Angehörigen der weißen und braunen Bevölkerungsgruppen gemeinsam verwaltet werden. An die Stelle der heutigen (vier) Provinzen wird eine größere Zahl von »Regionen« treten. Deren Legislativ- und Exekutivorgane werden, nach getrennten Wahllisten (*»separate rolls«*), gemeinsam von Weißen, »Colourfds« und »Indern« besetzt werden. Neben diesen Regionen werden gleichberechtigt die von

23 Dazu Vincent Farrell: »The real leadership of the oppressed will never serve on the President's Council«, in »Deurbraak« 1980, 10, S. 8–9; David Curry: »President's Council – like a wedding without the bride«, in »Cape Times« vom 1. Oktober 1980.

24 S. etwa G. J. Gerwel: »Non-racial democracy always aim of black consciousness«, in »Cape Times« vom 1. Mai 1979; vgl. weiter »Black Consciousness: Still bouyant inspite of battering«, in »The Leader« vom 16. Oktober 1981, S. 10.

25 S. etwa »Protest politics is not enough says Hendrickse«, in »Rand Daily Mail« vom 15. Mai 1980; Carter Ebrahim: »White elections are not irrelevant«, in »The Argus« vom 11. Mai 1981.

26 Jan Groblar: »Die nuwe uitdaging«, in »Nat 80's« (Kapaad) 1982/2, S. 5.

27 Willem de Klerk: »Dit sal kragtoer kos vir deurbraak«, in »Rapport« (Johannesburg) vom 14. Februar 1982; ders.: »Regse groep wys hul stemkrag«, in »Rapport« vom 4. März 1982.

Schwarzen geführten, weiterhin abhängigen Reservate (KwaZulu, Lebowa, Gazankulu etc.) stehen. In das Kapstädter Parlament werden, wiederum nach getrennten Wahllisten, aber auf Grund eines für alle Gruppen gleichermaßen geltenden, qualifizierten oder uneingeschränkten Wahlrechts, neben weißen auch gemischtrassige und indienstämmige Abgeordnete gewählt werden. Einige der letzteren werden, etwa nach einem konkordanzdemokratischen Schlüssel, in das Kabinett aufgenommen werden. Die Kompetenzen von Parlament und Kabinett werden allerdings dadurch beschnitten werden, daß an die Spitze der Administration ein Exekutivpräsident treten wird. Dessen sehr weitgehende Befugnisse werden etwa denen des französischen Staatspräsidenten entsprechen.

Hier und da wird darüber hinaus angenommen, daß auch das Millionenheer der im »weißen« Südafrika lebenden Schwarzen in diese neue Verfassungsordnung einbezogen wird²⁸. Diese These vermag jedoch nicht zu überzeugen. Denn sollte Botha, oder sein Nachfolger, sich wider Erwarten in dieser Richtung bewegen, so würde er mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit noch am selben Tag von seinen dann übermächtigen weißafrikanischen Gegnern gestürzt werden. Kritiker der hier vertretenen Auffassung sollten nicht übersehen, daß in Südafrika, dessen Bevölkerung einzigartig heterogen ist, die Voraussetzungen für eine konkordanzdemokratische Ordnung, die auch die schwarzen Afrikaner einschließt, einfach nicht gegeben sind²⁹. Am Kap begegnen sich zu unterschiedliche politische Kulturen; es begegnen sich die Erste und die Vierte Welt, und beide haben sehr wenig miteinander gemein.

So spricht derzeit alles dafür, daß Pretoria an seiner bisherigen, gescheiterten Politik für die Schwarzen festhalten wird³⁰. Allerdings mag das weiße Südafrika einsehen, daß es bislang aufgrund der Vernachlässigung der Reservate, die bis auf den heutigen Tag Reservoirs für billige Arbeitskräfte geblieben sind, seiner eigenen Politik der »getrennten Entwicklung« nie eine Chance gegeben hat³¹. Es mögen alte und neue Pläne zur wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung der Reservate erneut diskutiert werden. Sicher scheint zu sein, daß der zuständige Minister, P. G. Koornhof, in durchaus absehbarer Zeit Gesetze vorlegen wird, die den im »weißen« Südafrika gelegenen schwarzen Städten vollständige Selbstverwaltung einräumen werden. Darüber hinaus werden ihre Bürger jedoch weiterhin den abhängigen und »unabhängigen« Reservaten zugeordnet werden, also nur dort politische Rechte haben.

Schon die hier für möglich gehaltenen Reformen werden, sollten sie implementiert werden, die regierende NP in den Zustand unerträglicher internen Spannungen versetzen. Sie werden den Prozeß der Spaltung des bisherigen Regierungslagers erweitern und vertiefen. Denn natürlich hat das Lager Treurnichts erkannt, daß die

28 S. etwa Hermann Giliomee: »The parting of the ways for SA politics«, in »Rand Daily Mail« vom 17. März 1982, S. 9; vgl. allerdings auch Ton Vosloo: »Anno Domini 2002«, in »Frontline« 1982/4, S. 36–37.

29 S. u. a. Lawrence Schlemmer: »Social Implications of Constitutional Alternatives in South Africa«, S. 266 in John Benyon (Hrsg.): »Constitutional Change in South Africa«, Pietermaritzburg.

30 S. u. a. Willem de Klerk: »Is dit die grafskrif?«, in »Die Transvaler« vom 3. März 1982, S. 10. Vgl. auch William Gutteridge: »Strategy for survival«, in »The Black Sash« (Johannesburg), 1982/1, S. 5–15.

31 So Johan David van der Vyver: »Prospects for the Future Political Development of South Africa«, S. 245–256 in A. de Crespigny and R. Schrire (Hrsg.): »The Government and Politics of South Africa«, Kaapstad u. a., 1978.

NP unter Botha bezüglich der *Coloureds* und der »Inder« alle wesentlichen Elemente des Programms der bislang von ihr bekämpften (»leftist«) liberalen Oppositionspartei *Progressive Reform Party* (PRP) übernommen hat. Daß die NP dies bestreitet und dem Konzept »power sharing« der PRP das ihre einer »gesonde magsdeling« oder »mede-verantwoordelikheid« (»healthy power sharing« oder »co-responsibility«) entgegensetzt, ist nicht mehr als ein Spiel mit leeren Worten. Nicht zu beantworten ist heute die häufig gestellte Frage, ob die NP Bothas oder aber die KP Treurnichts aus dem erbitterten Ringen um die Unterstützung der Mehrheit der Mitglieder und sonstigen Förderer der bisherigen NP als Sieger hervorgehen wird. Der Umstand, daß der Ministerpräsident, so sehr er bislang als Regierungschef auch versagt hat, ein hoch ausgewiesener Parteifunktionär ist, mag Botha zum entscheidenden Vorteil gereichen.

So sehr Botha demnach auch für die Annahme der Reformvorschläge des *President's Council* wird kämpfen müssen, so sicher ist doch, daß keine politisch auch nur halbwegs relevante Gruppe des schwarzen Südafrikas sich mit ihnen begnügen wird. Denn das schwarze Südafrika will selbst die Regierungsverantwortung in Pretoria übernehmen, um endlich Südafrika/Azania entsprechend seinen eigenen Vorstellungen gestalten zu können. So wird Botha letztlich doch scheitern. In diesem Zusammenhang sei vermerkt, daß auch kein anderer weißafrikanischer Verantwortlicher diese Forderungen des schwarzen Südafrikas akzeptieren und erfüllen könnte.

Allerdings ist mit Sicherheit davon auszugehen, daß eine nicht kleine Zahl afrikaanser Intellektueller, darunter etwa Willem de Klerk, klar sehen, daß das gegenwärtige Reformprogramm bei weitem nicht genügt, von Südafrika die von ihnen selbst deutlich erkannte große Katastrophe abzuwenden. So steht zu erwarten, daß, von de Klerk jetzt erstmals angedeutet³², das weiße Südafrika Pläne einer mehr oder weniger radikalen geographischen Aufteilung des Landes in die Debatte einführen wird. Bekanntlich sind viele Einzelheiten der (bislang hinter den Kulissen geführten) entsprechenden innersüdafrikanischen wie auch der südafrikanisch-deutsch-amerikanischen Diskussionen in der »Außenpolitik« dargestellt und analysiert worden. Bei alledem sollte gesehen werden, daß keine der Konfliktparteien eine solche Lösung anstrebt; vielmehr wird sie derzeit von beiden verworfen. Eine Teilung des Landes in *Suid-Afrika* und *Azania* wird daher gewiß nur das Ergebnis einer gewaltsamen Auseinandersetzung sein können. Aber es ist zu begrüßen, daß in vielen westlichen Außenministerien seit Jahren an entsprechenden Modellen einer geographischen Teilung Südafrikas gearbeitet wird. Hier bereiten sich ehrliche Makler darauf vor, einen äußerst gefährlichen Konflikt, dessen Ausbruch sie sichtlich nicht mehr verhindern können, einzudämmen.

32 Willem de Klerk, a.a.O. (Anm. 30).